



Bericht aus Berlin

12 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 12 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Politik muss Mühen um Gerechtigkeit sein

Herausragendes Ereignis dieser Sitzungswoche war der Besuch des Papstes im Deutschen Bundestag. Als erster Papst sprach Benedikt XVI. am 22. September 2011 vor dem Deutschen Bundestag. Er rief die Politik dazu auf, mit Vernunft und Herz zu regieren und sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die ethischen Grundlagen des Rechts. Papst Benedikt bezeichnete es als „Ehre und Freude“, vor dem demokratisch gewählten Parlament seines Vaterlandes sprechen zu dürfen. „Der Erfolg ist dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstehen für das Recht untergeordnet“, redete Benedikt den Politikern ins Gewissen. Der Antrieb für die Arbeit eines Politikers dürfe nicht der Erfolg allein und schon gar nicht materieller Gewinn sein. Der Papst zitierte einen Bibel-Vers aus dem Buch der Könige, in dem der junge König Salomon bei der Thronbesteigung Gott bittet: „Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden versteht.“ (1 Kön 3,9). Dies führe auf die wahren Grundlagen der politischen Entscheidungen zurück, sagte der Heilige Vater: Nur das Herz habe die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit und dem Frieden zu dienen. Dabei bleibe die „salomonische Bitte die entscheidende Frage, vor der der Politiker und die Politik auch heute stehen“, mahnte das Oberhaupt der katholischen Kirche. Der Papst zitierte den heiligen Augustinus mit den Worten: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“ Diese leidvolle Erfahrung hätten die Deutschen gemacht, sagte Benedikt und erinnerte so an die Zeit des Nationalsozialismus, als der Staat zum Instrument der Rechtszerstörung gemacht wurde. Grundlegende Aufgabe des Politikers müsse aber sein, dem Recht zu dienen



Papst Benedikt XVI. am Rednerpult © DBT/photothek

und „der Herrschaft des Unrechts zu wehren“. Das Christentum habe im Gegensatz zu anderen Weltreligionen dem Staat und der Gesellschaft nie eine Rechtsordnung aus Offenbarung vorgegeben. Es habe stattdessen auf Natur und Vernunft als die wahren Rechtsquellen verwiesen, erläuterte Benedikt. Seiner Auffassung nach spiegele sich in Natur und Vernunft jedoch auch die schöpferische Vernunft Gottes. Wenn man den subjektiven Teil, Ethos und Religion aus der Kultur ausblende, gleiche das einem Leben in Betonbauten ohne Fenster. Das Auftreten der ökologischen Bewegung in den 1970er Jahren sei daher ein „Schrei nach frischer Luft gewesen“, den man nicht überhören durfte, analysierte Benedikt. „Jungen Menschen war bewusst geworden, dass irgendetwas in unserem Umgang mit der Natur nicht stimmt.“ Die Erde selbst trage ihre Würde in sich, und „wir müssen ihrer Weisung folgen“, folgerte Benedikt. Die Bedeutung der Ökologie sei inzwischen unbestritten. Die Menschen müssten auf die Sprache der Natur hören und entsprechend antworten, mahnte das katholische Kirchenoberhaupt. Es gebe auch eine Ökologie des Menschen. Menschlicher Wille sei dann recht, „wenn er auf die Natur hört, sie achtet und sie annimmt als der, der er ist und der sich nicht selbst gemacht hat“. Nur so vollziehe sich wahre menschliche Freiheit, betonte der Papst.

Parlamentsdeutsch...

... **Enquetekommission** (französisch „enquete“: Befragung, Untersuchung) bereiten Entscheidungen zu umfangreichen und bedeutenden Themen vor. Auf Antrag eines Viertels der Abgeordneten ist der Bundestag verpflichtet, eine Enquetekommission einzusetzen. Die Mitglieder der Enquetekommission werden im Einvernehmen der Bundestagsfraktionen benannt. Enquetekommissionen bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis. Sie legen dem Bundestag am Ende ihrer Arbeit Abschlussberichte vor, in denen die Arbeitsergebnisse in der Regel in Empfehlungen für die Gesetzgebung festgehalten sind. Derzeit gibt es im Deutschen Bundestag zwei Enquetekommissionen. Detaillierte Informationen zu der Zusammensetzung und den Arbeitsinhalten finden Sie unter dem Link: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/index.jsp>

Nachrichten

Impressionen vom Papstbesuch in Berlin



Der Papst beim Betreten des Plenarsaals mit Bundesratspräsidentin Hannelore Kraft, Bundespräsident Christian Wulff, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundestagspräsident Norbert Lammert
(© DBT/photothek)

Der Papst vor seinem Auditorium
(© DBT/Schüring)



Der Papst begrüßt Mitglieder des Bundesrates (© DBT/Schüring)

Umfassende Dokumentation der Papstrede im Bundestag unter:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35768399_kw38_benedict/index.jsp

Diskussion im Reichstag

Auf Einladung von Peter Götz kam die 12. Klasse des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums Rastatt in den Reichstag. Die Schülerinnen und Schüler konnten von der Besuchertribüne im Plenarsaal aus die Aktuelle Stunde „Geordnete Insolvenz. Die Haltung der Bundesregierung“ mit verfolgen. In der anschließenden lebhaften Diskussion mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten wurden Fragen zu aktuellen politischen Themen und die Arbeit der Abgeordneten diskutiert. Der Besuch im Deutschen Bundestag wurde durch ein Mittagessen und eine Besichtigung der Reichstagskuppel abgerundet.

Die mehrtägige Berlin-Exkursion führte die Schülerinnen und Schüler darüber hinaus auch in die Gedenkstätte Hohenschönhausen, der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt. Außerdem besichtigten sie das Bundeskanzleramt und nahmen an einer Führung „Berliner Unterwelten“ teil.



Peter Götz mit der 12. Klasse des LWG Rastatt im Reichstag

Götz im Gespräch



mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe und Oberbürgermeistern von CDU und CSU im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

Die nächste **Bürgersprechstunde**

von Peter Götz findet am **10. Oktober 2011** von **15 - 17 Uhr** in der CDU Geschäftsstelle in Baden-Baden, Sandweierer Str. 29 statt.

Interessierte wenden sich bitte kurz vorher zwecks **Terminabsprache** an das Bürgerbüro in Rastatt Tel. 07229/181840, peter.goetz@wk.bundestag.de.

Weitere Informationen: www.goetzpeter.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland unter den besten Zehn

Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in Forschung und Entwicklung. Als Schwachstelle benennt das Weltwirtschaftsforum den Arbeitsmarkt, hier landet Deutschland lediglich auf Rang 64.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Köln)

Deutlicher Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen

War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisch deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Deutsche Hochschulen bei ausländischen Studenten beliebt

Der Anteil von Studierenden aus dem Ausland lag in Deutschland im Jahr 2009 mit 9% deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 6 %. Im Saarland (18 %), Berlin und Bremen (jeweils 13 %) gab es die höchsten Anteile an ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten. Dagegen fielen die entsprechenden Quoten für die neuen Länder relativ gering aus – Brandenburg erzielte mit 10 % Studierender aus dem Ausland noch den höchsten Wert, die niedrigsten Anteile hatten Thüringen (6 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern (5 %). Besonders attraktiv waren deutsche Hochschulen für Studierende aus China. Sie belegten mit 12 % den Spitzenplatz in der Gruppe internationaler Studierender. Vor allem in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Sachsen waren chinesische Studierende stark vertreten. Die neben China größte Gruppe internationaler Studierender kam aus osteuropäischen Staaten, nämlich der Russischen Föderation, Polen und Bulgarien (jeweils 5 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)